

September 2019

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wenden wir uns an Sie mit einem dringenden Appell, der die Hauptforderungen der internationalen Konferenz "Nein zu Militärstützpunkten & Kriegen" enthält, die am 28. Juni 2019 auf Initiative der Kampagne "Stopp Airbase Ramstein" und weiterer Organisationen in Steinwenden nahe der US-Airbase Ramstein stattgefunden hat. In der einvernehmlich verabschiedeten Abschlusserklärung der Konferenz heißt es:

„Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, den 'Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland' – den Truppenstationierungsvertrag – zu kündigen, um damit alle US/NATO-Militärbasen und Nuklear-Waffen von deutschem Territorium zu entfernen.“

„Wir... fordern die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten auf, aus der NATO auszutreten.“

Wir verweisen auch auf den Beschluss der Mitgliederversammlung der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) am 3.-5. Mai 2019 in Stuttgart:

„Die IPPNW fordert von der Bundesregierung, den Truppenstationierungsvertrag von Seiten Deutschlands zu kündigen.“

Wir erwarten, dass Sie im Sinne dieser Forderungen aktiv werden.

Sie wissen, der Truppenstationierungsvertrag ist gemäß Notenwechsel vom 25.9.1990 mit Zwei-Jahres-Frist kündbar, und der NATO-Austritt kann gemäß NATO-Vertrag mit Ein-Jahres-Frist vollzogen werden.

Sie wissen, dass sich Deutschland mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, dem so genannten 2+4-Vertrag, verpflichtet hat, „daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“, und sich völkerrechtlich wie folgt gebunden hat:

„Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Sie wissen, dass sich Deutschland gemäß 2+4-Vertrag verpflichtet hat, „auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ zu verzichten. Sie wissen, dass der Einsatz von atomaren Waffen ein Menschheitsverbrechen ist, das das Leben auf unserer Erde auszulöschen droht.

Sie wissen, dass die militärischen Einrichtungen der ausländischen Streitkräfte auf deutschem Boden, insbesondere die der NATO und der USA (darunter die US-Airbase Ramstein, EUCOM und AFRICOM), zur Führung völkerrechtswidriger Angriffskriege genutzt werden, und auf diese Weise der 2+4-Vertrag verletzt wird. Sie wissen, dass sich nach Völkerstrafgesetzbuch (VStGB § 13 Verbrechen der Aggression) strafbar macht, wer dies zulässt oder gar befördert.

Sorgen Sie mit Kündigung des Truppenstationierungsvertrags und mit Austritt aus der NATO dafür, dass Deutschland seinen Beitrag zur Entmilitarisierung leistet, die militärischen Einrichtungen, insbesondere die von USA und NATO, zusammen mit den Atomwaffen aus Deutschland verbannt werden, das unverantwortbare so genannte Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO zugunsten von zivilen Aufgaben aufgegeben wird und so künftig „von deutschem Boden nur Frieden“ ausgeht. Beenden Sie den Konfrontationskurs gegenüber Russland. Der 2+4-Vertrag gibt Ihnen dazu den Auftrag und die Befugnis, denn es heißt darin: „Das vereinte Deutschland hat... volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Und, um es noch einmal zu wiederholen: „von deutschem Boden“ darf „nur Frieden ausgehen“.

Bitte informieren Sie uns umgehend, was Sie zu unternehmen gedenken, um die beschriebenen Schritte Realität werden zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

für die Kampagne "NATO raus – raus aus der NATO": Sebastian Bahlo (stellv. Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbands), Tanja Banavas (Deutscher Freidenker-Verband), Anita Beyer (Deutscher Freidenker-Verband), Peter Betscher (Bundesverband Arbeiterfotografie, Vorstand), Toni Brinkmann (Juristin, Mitarbeit im Bremer Friedensforum), Anneliese Fikentscher (Vorsitzende des Bundesverbands Arbeiterfotografie), Annette van Gessel (Lektorin), Senne Glanschneider (Bundesverband Arbeiterfotografie, Vorstand), Klaus Hartmann (Bundesvorsitzender Deutscher Freidenker-Verband), Samira Jouini (Deutscher Freidenker-Verband, Landesvorstand NRW), Wolfgang Jung (LUFTPOST – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/ Ramstein), Jürgen Kelle, Düsseldorf (Rentner), Dr. Ansgar Klein (Sprecher der Aachener Aktionsgemeinschaft "Frieden jetzt!"), Helene Klein (Sprecherin der Würselener Initiative für den Frieden), Dr. Klaus-Peter Kurch (Blogger, opablog.net), Ullrich Mies (Publizist/Autor), Andreas Neumann (Bundesverband Arbeiterfotografie, Vorstand), Klaus v. Raussendorff (Mitglied im Vorstand des Deutschen Freidenker-Verbands), Wilhelm Schulze-Barantin (Deutscher Freidenker-Verband, Landesvorsitzender Hessen), Ernesto Schwarz (Deutscher Freidenker-Verband), Fee Strieffler (LUFTPOST – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein), Jürgen Suttner (Mitglied im Siegener Friedensbündnis ABFS und im Freidenkerverband), Georg Maria Vormschlag (Bundesverband Arbeiterfotografie, Vorstand), Elke Zwinge-Makamizile (Gewerkschafterin, Freidenkerin, Friedensaktivistin)

PS: Um Ihnen die Breite der nationalen und insbesondere internationalen Unterstützung für die Forderungen vor Augen zu führen, ist der Resolutionsentwurf beigefügt, mit der die Kampagne „NATO raus – raus aus der NATO“ die Forderungen in die Konferenz am 28.6.2019 eingebracht hat. (siehe Anlage)